

Europa-Ampel: Es drohen Bau- und Fahrverbote

Seit über 20 Jahren gibt es in Europa einheitliche, rechtlich verbindliche Grenzwerte für Luftschadstoffe. Seitdem ist die Luft in Deutschland und Europa viel besser geworden. Jetzt verabschiedete

das Europäische Parlament mit der Mehrheit von Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Linken eine neue EU-Luftqualitätsrichtlinie, die noch schärfere Grenzwerte für Luftschadstoffe vorsieht: So sollen u.a. die Grenzwerte für Stickoxid und Feinstaub bis 2030 halbiert werden. Vor allem für Metropolen wie Berlin ist das jedoch in nur sechs Jahren nicht erreichbar.

„Für mich ist das ein klassischer Fall von ideologischer Politik der

Ampel-Mehrheit im Europäischen Parlament ohne Rückkopplung an die Realität, durch die erhebliche Einschränkungen für wichtige Lebensbereiche wie Mobilität und Bauwesen sowie für jeden einzelnen Bürger drohen!“, warnt die Europaabgeordnete und Spitzenkandidatin zur Europawahl der CDU Berlin Hildegard Bentele. Denn um die verschärften Grenzwerte einhalten zu können, könnten sogar flächendeckende Fahrverbote, Industrieabschaltungen oder die Stilllegung von Baustellen erforderlich werden. Und das in einer Phase, in der die Industrie aus Deutschland und Europa abzuwandern droht. „Wir sollten beschlossene Maßnahmen wie beispielsweise den Emissions-Zertifikatehandel für den Verkehr und den Ausbau von erneuerbaren Energien und Elektromobilität auch erst einmal wirken lassen, bevor wir neue, und vor allem drastische Einsparziele festlegen“, so Bentele.

Unsere Ideen für Europa.

Für ein Europa, das Freiheit und Frieden sichert: mit der Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten, einer echten Verteidigungsunion und einem EU-Verteidigungshaushalt.

Für ein Europa, das Migration begrenzt: mit Asylverfahren in Drittstaaten und einer besseren Grenzsicherung durch Frontex.

Für ein Europa, das Wohlstand sichert: mit weniger Bürokratie, einer klugen Standortpolitik und einer Offensive für Forschung und Innovation.

Für ein Europa, das die Sicherheit seiner Bürger garantiert: mit einer besseren Zusammenarbeit von Europol und den nationalen Polizeien und einer europäischen Cyberbrigade.



Ein Jubiläum, gute Laune und gute Beschlüsse. Das ist die Zusammenfassung der Klausur des Berliner CDU-Landesvorstandes in Dresden. Am 27. April jährte sich der Start von Schwarz-Rot mit der Wahl Kai Wegners zum Regierenden Bürgermeister von Berlin. Wegner stellte in seiner Begrüßung der Teilnehmer fest: „Die CDU ist in Berlin der Stabilitätsanker. In diesem Sinne arbeiten wir im Dreieck aus Partei, Fraktion und Senat weiter hart dafür, dass unser Berlin

jeden Tag ein Stück besser wird.“ Einstimmig beschlossen wurden die beiden Leitansätze der Tagung zur Bekämpfung der Clankriminalität (siehe auch Seite 2) und zur Verbesserung der Berliner Verwaltung durch Künstliche Intelligenz (KI). Beides Themen, die auch bei der CDU-Mitgliederbefragung ganz vorne standen: „Härteres Vorgehen gegen Clankriminalität“ wurde mit 84,4 % als „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ bewertet; „Mehr digitale Bürgerdienstleistungen“ mit 80,9%.

Foto: Corvin

Foto: Dirk Reitze



Show oder Scheidung?

Ganze 2.800 Meter trennen den FDP-Parteitagsbeschluss von der Wirklichkeit. So weit ist es nämlich vom Parteitagsgelände am Gleisdreieck zum Bundeskanzleramt. Die FDP hat mit langem Anlauf einen 12 Punkte-Plan beschlossen, der ihrer Meinung nach eine nötige „Wirtschaftswende“ bringen soll. Da ist in der Sache viel Wahres drin und das Papier erinnert

auffällig an die geforderten Sofortmaßnahmen, die die CDU/CSU-Fraktion schon im Februar in einem Brief an Scholz gefordert hatte. Doch welche Taten innerhalb der Ampel werden daraus folgen? Wahrscheinlich keine, da alle drei Ampelparteien tunlich darauf bedacht sind, ihre Kernwählerschaft zu bedienen. Gerade vor der Europawahl.

Anti-Clan-Plan für Berlin

Berlin gilt als Hochburg der Clankriminalität. Viel zu lange ist nicht mit der nötigen Konsequenz dagegen vorgegangen worden, sagt die CDU Berlin. In einem „8-Punkte-Papier“ fordern die Christdemokraten nun eine härtere Gangart im Kampf gegen die Clankriminalität.

Kriminelle Clanmitglieder will die Union dort treffen, wo es ihnen wirklich weh tut: beim Geld. Entscheidend sei dafür vor allem eine verstärkte Zusammenarbeit der Behörden, um schneller Informationen auszutauschen, um etwa Sozialleistungsmisbrauch zu verhindern. Gefordert werden außerdem Verbesserungen bei der Bekämpfung der Geldwäsche und die

vollständige Beweislastumkehr bei Vermögen unklarer Herkunft: Damit müsste der legale Erwerb wie etwa von Immobilien oder Luxusautos nachgewiesen werden. Um kriminelle Karrieren zu verhindern, spricht sich die CDU zudem dafür aus, das Alter für die Straflosigkeit von 14 auf 12 Jahre herabzusetzen und Aussteigerprogramme zu stärken. Alle Forderungen der CDU finden sich hier:



Briefwahl



1 Wahlberechtigung beachten

Bei dieser Europawahl darf man zum ersten Mal ab 16 Jahren wählen. Unionsbürger aus anderen Mitgliedstaaten, die in Berlin wohnen, können auch hier wählen. Nötig ist dazu eine Eintragung in das Wählerverzeichnis. Wer dies nicht schon bei vorherigen Europawahlen getan hat, muss sie bis zum 19. Mai beantragen.

2 Briefwahl formlos beantragen

Dies ist auch schon ohne Wahlbenachrichtigung möglich: per Mail, online oder per Post. Geben Sie unbedingt Ihren vollständigen Namen, Ihr Geburtsdatum und Ihre Adresse an, bei der Sie gemeldet sind. Die Wahlbenachrichtigungen werden zwischen dem 30. April und dem 19. Mai zugestellt.

3 Jetzt schon richtig wählen!

Ab dem 29. April ist bereits Briefwahl im Rathaus oder in der Briefwahlstelle Ihres Bezirkes möglich. Ihren Ausweis brauchen Sie dazu zwingend; Ihre Wahlbenachrichtigung aber nicht.

Sie haben die Wahl!
Am Sonntag,
dem 9. Juni
oder schon jetzt
CDU wählen!

4 Briefwahl nach der Benachrichtigung

Sie haben die Wahlbenachrichtigung schon erhalten? Dann einfach den darauf abgedruckten QR-Code scannen und online beantragen oder per Hand den Antrag ausfüllen und absenden.